

Dezernent Wagner informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass bisher keine offizielle Antwort auf den in der Vorlage erwähnten gemeinsamen Brief des Landrates und des Oberbürgermeisters der Stadt Bonn eingegangen sei. Man habe allerdings auf der Arbeitsebene aus dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) erfahren, dass entgegen der ursprünglichen mündlichen Zusagen nur von einer 50-prozentigen Finanzierung der Potentialanalyse durch das Land NRW auszugehen sei. Dies stehe im Gegensatz zur Finanzierungspraxis für alle übrigen ins KAoA-Programm der Landesregierung aufgenommenen Schulen. Dieses Finanzierungsproblem bestehe ausschließlich für den Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis, also für die Gebietskörperschaften, die bereits seit vielen Jahren sehr erfolgreich Maßnahmen des Übergangs Schule – Beruf praktizierten und zu großen Teilen selbst finanzierten.

Begründet werde dies seitens des Landes NRW mit einem fehlerhaften Antrag. Dieser Antrag sei allerdings im Auftrag des MAIS durch die Landesförderungsgesellschaft des nordrhein-westfälischen Handwerks e.V. (LGH) gestellt worden und habe dem Rhein-Sieg-Kreis bei der Antragsstellung nicht vorgelegen.

Abg. Hauer bedauerte die offensichtlich fehlerhafte Entscheidung des MAIS. Dies dürfe jedoch in keinem Fall zur Folge haben, dass der Rhein-Sieg-Kreis künftig sein hochwertiges Ausschreibungskonzept einstellen müsse. Daher appelliere er dafür, alle politischen Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Landesregierung auszuschöpfen, um für ein Einlenken zu sorgen.

Abg. Solf warf dem MAIS Wortbruch vor und forderte insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der SPD im Ausschuss für Schule und Bildungskoordination auf, Einfluss auf den zuständigen Minister zu nehmen.

Abg. Tandler führte aus, dass er es für sinnvoll halte, eine Antwort auf den gemeinsamen Brief des Landrates und des Oberbürgermeisters abzuwarten. Er sichere im Zuge dessen zu, Gespräche mit Landespolitikern führen zu wollen.

Dezernent Wagner erklärte, dass es ein politisches Ziel der Landesregierung sei, die Potentialanalyse flächendeckend einzuführen. Besonders zu verdeutlichen sei, dass seitens der Landesregierung hier eine Benachteiligung der Schulen im Rhein-Sieg-Kreis stattfinde, die in das KAoA-Programm des Landes aufgenommen worden seien. Die Aufwendungen für die Potentialanalysen an diesen Schulen wolle das Land nämlich nur zu 50 % finanzieren, wobei diese in allen anderen Landesteilen voll finanziert würden.

Es bleibe zu hoffen, dass der von der LGH für das kommende Jahr zu stellende Antrag auf eine 100-prozentige Förderung gerichtet sei und so rechtzeitig gestellt werde, dass die Ausschreibung der Potentialanalyse im Rhein-Sieg-Kreis kurzfristig in die Wege geleitet werden könne. Er bitte die Ausschussmitglieder nachdrücklich darum, die Verwaltung auf der politischen Ebene zu unterstützen.

Der Landkreistag NRW habe mit Datum vom heutigen Tag ein Schreiben an das MAIS adressiert, indem klar gestellt werde, dass die Landkreise ganz überwiegend unzufrieden mit der landesweiten Abwicklung von KAoA seien.

Abg. Solf unterstrich die Gefahr der aktuellen Vorgehensweise des MAIS für das gesamte Übergangsmanagement in der Region. Er fordere die Ausschussmitglieder dazu auf, alles Notwendige zu unternehmen.

Abg. Streng erklärte, dass sie es für unverständlich halte, dass das MAIS sich entgegen einer klaren Positionierung des Landtages verhalte und damit geltendes Recht verletze. Sie fragte, wie es zu dem offenbar fehlerhaften Antrag gekommen sei.

Dezernent Wagner erklärte, dass der angeführte fehlerhafte Antrag, auf Grund dessen nur eine 50-prozentige Finanzierung der Potentialanalyse für die Schulen im Rhein-Sieg-Kreis erfolgen solle, der Kreisverwaltung bis zum heutigen Tage nicht bekannt sei.

VAe Paar ergänzte, dass die LGH den Antrag auf Grundlage der von der Kreisverwaltung übermittelten Daten bei der Bezirksregierung Köln gestellt habe. Inwiefern die Daten der Kreisverwaltung möglicherweise fehlinterpretiert worden seien, könne nicht nachvollzogen werden. Der Antrag sei offenbar zu einem Zeitpunkt gestellt worden, zu dem das Programm des Landes eine 100-prozentige Finanzierung der Potentialanalyse noch nicht vorsah. Nach Aussage des MAIS könne dies im Nachhinein trotz neuer Erkenntnisse nicht geheilt werden.

KVD Clasen verdeutlichte, dass der Förderantrag durch die LGH im Auftrage des Landes gestellt werde. Von der Kreisverwaltung seien im Antragsverfahren lediglich Schülerzahlen abgefragt worden.

Dezernent Wagner ergänzte, dass der Rhein-Sieg-Kreis regelmäßig eigene Mittel zur Vorfinanzierung der Potentialanalyse in den Haushaltsplan eingestellt habe. Nur so könne das Verfahren der Ausschreibung, das die flächendeckende Einheitlichkeit und die kontinuierliche Qualitätskontrolle der Potentialanalyse sicherstelle, praktiziert werden, da die Zuweisung der Landesmittel grundsätzlich zeitverzögert erfolge.